

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Schönbach
Karlstr. 20/21

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Mai 1923 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wg., für außerhalb 40 Wg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 30 mm breite Werbeanzeige 100 Wg., außerhalb 120 Wg., Clichégebühren 50 Wg., Kolumnenweise Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckgeschäftsstelle:
Karlstr. 20/21
Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Kostenlos nur mit deutlicher Auftragsangabe („Dresdner Nachr.“) und ohne — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Ergebnisse der Länder-Wahlen.

Der Karetentwagen auf der Abus. — Die Bekämpfung der Giftgas-Katastrophe in Hamburg.

Der neue preussische Landtag.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 21. Mai. An zuständiger preussischer Stelle erhalten wir folgende vorläufige amtliche Zusammenstellung des preussischen Landeswahlleiters über die preussischen Landtagswahlen:

- Sozialdemokraten 5 458 892, Mandate 196 (1924: 114);
- Deutschnationale 3 268 947, Mandate 82 (109);
- Deutsche Volkspartei 1 597 868, Mandate 40 (45);
- Zentrum 2 745 547, Mandate 69 (81);
- Kommunisten 2 229 176, Mandate 56 (44);
- Christl. Bauern und Landbund 276 646, 7 Mandate;
- Deutschnat. 187 983, 5 Mandate (6);
- Demokraten: 826 829, 21 Mandate (27);
- Wirtschaftspartei 839 217, 21 Mandate (11);
- Nationalsozialisten 845 619, 6 Mandate (11);
- Deutsche Bauernpartei 89 027, kein Mandat;
- Volkrechtspartei 284 089, 2 Mandate (—);
- Zentrumsliste Niedersachsen 124 265, 3 Mandate (—).

Die Verschiebung der Stimmzahlen.

Berlin, 21. Mai. Die nunmehr feststehenden Stimmziffern der Parteien bei den preussischen Landtagswahlen ergeben folgende Verschiebungen (auf große Ziffern abgerundet): Die sozialdemokratische Partei gewinnt etwa 900 000 Stimmen, die Deutschnationalen verlieren 1 100 000 Stimmen. Das Zentrum verliert 865 000, die Kommunisten gewinnen 480 000 Stimmen. Die Deutsche Volkspartei verliert 200 000 Stimmen. Die Demokraten verlieren 298 000, die Wirtschaftspartei gewinnt 380 000 Stimmen. Die Nationalsozialisten verlieren 90 000, die Deutsch-Sachsen 72 000 Stimmen. Die rund 278 000 Stimmen der Christlichen Bauern und des Landbundes sind ergebnislos geblieben. Die Nationalsozialisten sind ergebnislos geblieben, insofern, als ein Zusammenschluss dieser beiden Gruppen im Landtage wahrscheinlich ist.

Das vorläufige Gesamtergebnis in Bayern.

München, 21. Mai. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der bayrischen Landtagswahlen erhalten:

Sozialdemokr.	801 584	Stimmen = 34 Mandate (25)
Deutschnat.	805 844	" = 13 " (14)
D. Volksp.	110 892	" = 4 " (—)
Komm.	125 988	" = 5 " (7)
Bayr. Volksp.	1 081 157	" = 46 " (46)
Nat.-Soz.	201 056	" = 9 " (5)
Bayr. Bauernbd.	369 711	" = 17 " (12)
		128 Mandate.

Die Mandatsverteilung in Württemberg.

Stuttgart, 21. Mai. Bei der gestrigen Landtagswahl in Württemberg sind als gewählt zu betrachten:

Wahlkreis	Stimmen	Mandate
SPD	15	7
DRSP	3	1
Zentrum	12	5
DBP	8	1
Kommunistische P.	4	2
Demokraten	6	2
Bauern u. Weingärtner	11	5
Chr. Volksp.	2	1
		22 (+ 9)
		4 (— 4)
		17 (0)
		4 (+ 1)
		6 (— 4)
		8 (— 1)
		16 (— 1)
		8 (— 0)

Wie Anhalt wählt.

Vorläufiges amtliches Endergebnis: SPD, 84 486 (15 Mandate), DRSP, 18 510 (2), Zentrum 2588 (—), DBP, 88 852 (6), DVP, 14 947 (8), D. 8435 (2), Linke Kommunisten 775 (—), Nat.-Soz. 4108 (1), Landbund 21 687 (4), Volksp. 1932 (—), Christl. P. 6775 (1), Meier 1072 (—), Anh. G. u. Ord. 8125 (2).

Die Demokraten und die Sozialdemokraten, die im vorigen Landtag 10 Mandate zusammen hatten und damit die Regierung bilden konnten, haben jetzt nur noch 17 Mandate, so daß sie also eine Mehrheit nicht mehr bilden können.

Wahlergebnis und Koalitionsmöglichkeiten.

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen läßt erkennen, daß der allgemeine Charakter, wie er sich in dem sächsischen Teilergebnis ausdrückt, bestätigt worden ist. Der Rückgang der bürgerlichen Stimmen und die Vermehrung der sozialistischen und kommunistischen Stimmen sind die beiden hervorstechenden Merkmale, die sich auf der ganzen Linie wiederholen. Diese Tatsache drängt sich so in den Vordergrund, daß es völlig vergebliche Bemühungen wäre, wollte man auf bürgerlicher Seite irgendwelche Verschleiervorläufe unternehmen. Es hat auch gar keinen Zweck, wegen des für die bürgerliche Sache unerfreulichen Ausgangs Klageleber Jeremia anzustellen und sich in Beschuldigungen gegen die bürgerlichen Parteien zu verlieren, die zwingende Gebote der Stunde aus parteipolitischem Egoismus nicht beachtet und kleinliche Kirchturmintereffen über die Rücksicht auf das allgemeine Wohl gestellt haben. Man kann nur mit Bedauern feststellen, daß die Feindschaft von der ganzen Reichspresse nachdrücklich betonten Wahllehren, die sich aus den in zahlreichen Einzelstaaten vorgenommenen Wahlen mit ihrem unerfreulichen Vorkurs ergaben, nicht befolgt worden sind. Einigkeit und Zusammenschluss an Stelle von Zersplitterung und häuslichem Zwist im nationalen Lager waren die beiden kategorischen Imperative, die damals ihren Mahnruf ertönen ließen. Statt dessen haben die Splitterparteien ihr Unwesen unter Mißachtung jeder nationalen und bürgerlichen Solidarität äppig entfaltet, und zwischen den beiden großen Bürgerpartei, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, ist es zu einem Gegenfah gekommen, der sicher auch den Wahlausfall beeinflusst hat. Es bleibt nun zunächst nichts weiter übrig, als die Dinge zu nehmen, wie sie sind, und sich vor allem mit der Frage zu beschäftigen, wie sich unter den veränderten parlamentarischen Verhältnissen die praktischen Regierungsmöglichkeiten gestalten, worüber die Verhandlungen der Parteiführer unverzüglich beginnen werden.

Da die größte Reichspartei, die Deutschnationale Volkspartei, schwere Verluste erlitten hat, und auch das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei an dem Rückgang beteiligt sind, so ist mit der abermaligen Bildung einer Rechtsregierung nicht zu rechnen. Es bliebe die Möglichkeit einer Regierung der Mitte übrig, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Demokraten, mit Unterstützung der Deutschnationalen. Die Demokraten sind aber für eine wirkliche Politik der Mitte überhaupt nicht zu haben, vielmehr wird die auch von ihnen erlittene Einbuße an Mandaten dazu führen, daß sie noch ausgesprochen als bisher zu einer bloßen Hilfsgruppe der Sozialdemokratie herabsinken. Da ferner die anderen Bestandteile der Mitte an der allgemeinen Schwächung der bürgerlichen Front teilnehmen, so würde eine auf solcher Grundlage aufgebaute Regierung die Verbindung nach rechts hin nicht halten können, sondern sehr bald in ein Herrschaftsverhältnis zur Linken geraten. Die weiteren Koalitionsgruppierungen sind die Große und die Weimarer Koalition. Die Weimarer Koalition ist kaum durchführbar, da sie über keine klare Mehrheit verfügen würde. Aber auch dann, wenn das der Fall wäre, befände sich das Zentrum in ihr mit seinen 22 Mandaten allein auf weiter Flur gegenüber 152 Sozialisten und 25 Demokraten, welche letztere in solcher Verbindung schlechtes zu den Sozialisten gezählt werden müßten. In einer derartigen Lage genügt für das Zentrum die kleine Bayerische Volkspartei als Rückendeckung nicht, sondern es müßte in seinem eigenen Interesse, um nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden, auf der Anteilnahme der Deutschen Volkspartei bestehen; der Gegensatz in der Schulfrage würde dabei für das Zentrum kein Hindernis sein, da diese Partei niemals über grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten stolpert, wenn die politische Taktik Schmiegsamkeit verlangt. Das Zentrum würde dann also auf die Große Koalition hinarbeiten, die mit der starken Mehrheit von etwa 300 gegen 100 Stimmen auf den Plan treten könnte. Vom bürgerlichen Standpunkte aus ist aber wohl zu beachten, daß eine Große Koalition von morgen viel gefährlicher sein würde, als die von 1922, weil inzwischen in der Sozialdemokratie der Radikalisierungprozess vor sich gegangen ist und auch das Zentrum eine Linkswandlung durchgemacht hat. Daß die Abkürzung des Zentrums durch die Sozialdemokratie prompt in die Wege geleitet werden wird, erhellt aus dem Umstand, daß die Sozialisten schon jetzt das Reichskanzleramt für sich fordern. Im Vordergrund der Erörterungen stehen ferner die Kandidaturen des preussischen Ministerpräsidenten Braun und der Sozialdemokraten Müller-Frank und Severing vor allen Dingen als Reichsinnenminister in Frage kommen. Verstärkt wird die Nachstellung der Sozialdemokratie noch durch den Wahlausfall in Preußen, wo die Deutschnationalen ebenfalls einen schweren Rückschlag erlitten haben. Angesichts einer mit so viel Unruhe- und Unsicher-

Die rote Inflation.

Das Reich soll der Sozialdemokratie ausgeliefert werden.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Mai. Der Ausgang der Reichstagswahlen vom 20. Mai hat in politischen Kreisen Berlins Bestürzung hervorgerufen. Da es verfehlt wäre, die Tatsachen beschönigen zu wollen, halten wir es für unsere Pflicht, einen eingehenden Ueberblick über die Meinung der maßgebenden politischen Kreise zu geben, damit unserem Bürgertum zum Bewußtsein gebracht wird, was der rote Sieg bedeuten soll und wie unabweisbar notwendig ein Zusammenschluss der Bürgerlichen, insbesondere der beiden Rechtsparteien, durch diesen Wahlausgang geworden ist. Durch ihn hat sich

eine innerpolitische Lage von größtem Ernst

ergeben. Der Erfolg der radikalen Linken erklärt sich dadurch, daß die Sozialdemokraten ihren Gewinn den zu ihnen abgewanderten unzufriedenen bürgerlichen Elementen und daß die Kommunisten ihren Zuwachs den von der Sozialdemokratie abgewanderten unzufriedenen Arbeitermassen verdanken. Daraus ergeben sich, wie man erklärt, für die Arbeit der kommenden Regierung, die, wie allgemein angenommen wird, unter sozialdemokratischer Leitung stehen wird, sehr schwere Bedenken, weil diese Regierung genötigt sein wird, Koalitionsversprechungen einzulösen, die der deutschen Wirtschaft den schwersten Schaden zufügen können. Die Politik der Sozialdemokratie, so urteilt man, gehe dahin, die sozialdemokratische Macht auch im Reich zu verankern.

Man weiß hier zunächst darauf hin, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, sich in Preußen durch Jahre an der Macht zu halten, daß auf diese Weise aus dem konservativen Ordnungszustand Preußen das verächtlich gewordene rote Preußen wurde. Nun wolle die Sozialdemokratie ihren preussischen Ministerpräsidenten auch an die Spitze des Reiches stellen, damit er, immer gestützt auf die Machtbasis Preußen, im Reich den Sozialdemokraten zu einer dauernden Herrschaft ver helfe. Die Verhältnisse in Preußen sollen auch auf das Reich übertragen werden.

Wenn auch Gerüchte wissen wollen, daß Herr Severing, der frühere preussische Innenminister, möglicherweise den Reichskanzlerposten erhalte, weil sich das Zentrum mit dem nachfolgenden Braun nicht befreundet könne, so bliebe es doch das gleiche. Die Politik des einen ist die Politik des anderen. Es ist im Grunde ja auch nur eine interessante Nebenfrage, wie sich das Zentrum mit dem laubmischen Joch abfindet, das die Sozialdemokratie für die Parteien, die mit ihr

in Koalitionsgemeinschaft leben wollen, bereithält. Die dauernde Aufrichtung einer sozialdemokratischen Machtposition auch im Reich ist somit der erste große Gefahrenkomplex, der sich aus der Wahl vom 20. Mai ergibt.

Das andere Gefahrenmoment ist mehr wirtschaftlicher Art.

Um die noch bedrohlicher gewordene kommunistische Konkurrenz abzuwehren, wird eine unter sozialdemokratischer Leitung stehende Reichsregierung gar nicht umhin können, hinsichtlich des Achtstundentages und in der Lohnpolitik weitgehende, die deutsche Wirtschaft in schwere Krisen stürzende Konzeptionen zu machen.

Die Wiedereinführung eines schematischen Achtstundentages würde für die Wirtschaft schwere Erschütterungen mit sich bringen. Mit der Entwicklung der Schiedsgerichtspraxis ist man in den Kreisen der Wirtschaft längst nicht mehr einverstanden gewesen. Doch unter sozialdemokratischem Einfluß diese Entwicklung noch weiter nach der für die Wirtschaft ungünstigen Seite hin zu treiben, bedarf nicht der Betonung. Wenn auch schon jetzt die Ansicht zu hören ist, daß dieser neue Reichstag nicht bis zum Ablauf seiner Legislaturperiode leben wird, — in der Zeit, in der er da ist, wird er dem deutschen Volke einen Schaden anrichten, den es so leicht nicht vermeiden wird. — Lebhaft erörtert wird naturgemäß auch die Frage,

was diesen Ausgang der Wahlen verursacht hat.

Man weiß darauf hin, daß das Berliner Zentrumslager, die „Germania“, sicher ins Schwarze trifft, wenn sie in ihrer Wahlbetrachtung schreibt, daß große Teile des deutschen Volkes immer noch, wenn sie verärgert sind, zu Extremen in ihre Zuflucht nehmen, und daß der gänzliche Mangel an politischem Sinn, an Blick für das, was eine nach den Vorschriften einseitiger Feinde zu handeln anzuwendende Regierung erreichen kann, dazu geführt habe, daß diese Wahl ein innerpolitisches Trümmersfeld schuf. — Es verlohnt kaum, die Gerüchte, die schon jetzt fix und fertige Rabinette Großer oder Weimarer Koalition ganz nach Wunsch und Gefallen fernieren, weiter zu beachten. Ob Severing oder Braun Reichskanzler wird, bleibt das gleiche. Ob und Herr Reinhold wieder als Finanzminister beauftragt, oder es Herr Dillferding wäre, macht auch keinen großen Unterschied. Ob Dr. Stresemann Außenminister bleiben und ob die Volkspartei für die Große Koalition zu haben sein wird, sind dagegen immerhin Fragen, auf die man gern eine Antwort hätte. Es heißt, daß Dr. Stresemann sich ganz aut mit der Sozialdemokratie abfinden werde. Der Reichsarbeitsminister Braun soll ebenso wie der Weimarer Minister Großner auf seinem Posten verbleiben, namentlich man bei letzterem wird abwarten müssen, ob er sich gegen die sozialdemokratische Einklinknahme auf die Reichswehr wird wehren können. Das Reichsverkehrsministerium soll verschwinden und dem unter sozialdemokratischer Leitung kommenden Innenministerium angegliedert werden usw. Inwieweit sind das jedoch noch Kombinationen, denn über die Fühlungsnahmen, die bereits eingeleitet haben, verlautei noch nichts.